

Betriebsratswahlen 2026

Harte Zeiten brauchen harte Betriebsräte

Die Betriebsratswahlen von März bis Mai 2026 finden vor dem Hintergrund der Abwälzung der Kosten der kapitalistischen Krise auf die Arbeitenden statt. Statt Gegenwehr machen Gewerkschaften und Betriebsräte große Zugeständnisse an die Unternehmer. Das hat zu Unzufriedenheit, Unmut und Verunsicherung in den Belegschaften geführt. Eine der Folgen davon ist, dass bei Betriebsratswahlen die offiziellen Listen der Gewerkschaften Konkurrenz von anderen Listen bekommen. Im Gegensatz zu den 70er bis 90er Jahren des letzten Jahrhunderts sind diese Listen aber in der Regel keine Listen von kämpferischen Kolleginnen, sondern es kommt zu einer unpolitischen Zersplitterung im Gewerkschaftslager. So sind bei den vorgezogenen Betriebsratswahlen Anfang Juli 2025 bei Porsche 12 Listen angetreten. Davon sind nun sieben Listen im neuen Betriebsrat vertreten. Die offizielle IGM-Liste hat zwei Sitze verloren und kam nur noch auf 17 von 41 Mandaten. Es ist zu befürchten, dass die rechtsextreme AfD-nahe Organisation „Zentrum Automobil“ den Unmut in den Autofabriken über die Politik der IGM und ihrer Betriebsräte ausnutzt. Das zeigt die dringende Notwendigkeit, Gewerkschaften wieder in Kampforganisationen zu verwandeln. Statt Standortpolitik braucht es betriebs- und branchenübergreifende Solidarität und gemeinsamen bundesweiten und internationalen Kampf zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen und sozialen, tariflichen und betrieblichen Errungenschaften der abhängig Beschäftigten. Dabei muss auch die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Fabriken in Frage gestellt werden. In Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutesitzungen sollten Diskussionen darüber stattfinden, wie die Co-Management-Politik von Gewerkschaft und Betriebsräten beendet werden kann und Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit im Interesse der Kolleginnen und Kollegen aufgebaut werden kann. Auf der Grundlage dieser Diskussion sollten KandidatInnen für die Betriebsratswahl demokratisch und mit einem klaren kämpferischen Programm zu den Betriebsratswahlen antreten. Wenn bei Listenaufstellung kämpferische und aktive Kolleginnen ausmanövriert werden, sollten sie sich zusammenschließen und notfalls mit einem alternativen Programm eine eigene Liste aufstellen.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächster Metallertreff:

Montag, 13. Oktober 2025 um 18.30 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF (Seitenstraße)

Schwerpunkt wird die Situation in den Stuttgarter Metallbetrieben insbesondere bei **Bosch** sowie die **Betriebsratswahl 2026** sein.

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Termine / Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter
Gewerkschaften
Metallertreff



Zivile Produkte statt Mordwaffen

Es vergeht inzwischen kein Tag, an dem nicht Personalabbau, Sparprogramme, Werksschließungen und Entlassungen angekündigt werden. Die Region Stuttgart mit ihrer starken Ausrichtung auf's Automobil und den vielen Zulieferern ist davon besonders hart betroffen (Mercedes, Daimler Truck, Porsche, Bosch, Mahle etc.). Hier sollen von rund 240.000 Arbeitsplätzen in der Auto- und Zuliefererindustrie 83.000 Stellen vernichtet werden, also mehr als jede 3. Stelle fällt bis 2040 weg.

Alein innerhalb der Automobilbranche wurden binnen eines Jahres bundesweit 51.500 Stellen abgebaut, und ein Ende ist nicht in Sicht. Das bedeutet, dass rund 7 % der Stellen abgebaut wurden. Keine andere Branche hat in diesem Zeitraum mehr Jobs abgebaut. Die Automobilindustrie blieb allerdings mit 1,6 % weniger Umsatz über dem Durchschnitt, aber baute dennoch überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze ab, insbesondere um ihre hoch angesetzten Profit-Margen zu realisieren. Auch wenn sich die Profite halbiert haben, machen die deutschen Autobauer nach wie vor fast 5 % Gewinn. Sie jammern aber, wie wenn sie kurz vor dem Zusammenbruch wären.



Ist Rüstungsproduktion ein Ausweg?

Die Rüstungsindustrie bietet sich in dieser Situation als scheinbarer Retter an. Statt Eisenbahnwaggons sollen Panzer, statt Autos Militärfahrzeuge oder Waffen gebaut werden. Unternehmen wie Porsche, Daimler Truck, Motorenhersteller Deutz oder Maschinenbauer Trumpf wollen ins Geschäft mit dem Kriegsgerät einsteigen. Rüstungsfirmen wollen Automobilstandorte übernehmen. Auch Arbeitskräfte werden über Abkommen in die Rüstungsindustrie verschoben. Die Rüstungsindustrie boomt und ermöglicht Höchstprofite. Weil Profite in anderen Branchen zurückgehen, wechselt das Kapital die Branche. Konversion ist plötzlich eine der leichtesten Übungen der Konzernherren. Jahrzehntlang haben sie behauptet, Konversion hin zu ziviler Produktion sei nicht machbar. Geht es um die Profite der Fabrikherren, wird sie zum Kinderspiel.

Klar ist, dass nur ein kleiner Teil derer, die den Job verlieren, in der Rüstungsproduktion gebraucht werden. Klar ist auch, dass Rüstungsproduktion sich nur für die Rüstungskonzerne lohnt. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet es Elend und Tod, wenn die Produkte zum Einsatz kommen. Nicht die Reichen werden in den Krieg ziehen, es sind immer die abhängig Beschäftigten, die einberufen und in den Tod geschickt werden.

Die Beschäftigten sollen in den Kriegskurs der Regierung eingebunden werden. Viele sind nicht glücklich über die Umstellung auf Rüstungsproduktion. Aber sie werden mit ihrem Arbeitsplatz erpresst. Es wird Druck gemacht, dass sie einverstanden sind. Denn sie brauchen einen

Arbeitsplatz, von dem sie und ihre Familien, ihre Kinder, leben können. Deshalb sind sie erst mal froh, dass sie Arbeit haben. Aber wir wollen sie gewinnen für den Friedenskampf.

Zukunftsvision für zivile nützliche Produkte schafft gute Arbeitsplätze

Für unsere Friedensvision brauchen wir alle, die die gleiche objektive Interessenlage haben: dass unser Planet nicht zerstört wird und es ein menschenwürdiges Leben für alle gibt. Wir brauchen die Fähigkeiten aller Menschen, auch der Rüstungsarbeiter. Wir wollen keine Waffen und Rüstungsgeräte bauen oder bauen lassen, mit denen morgen oder übermorgen unsere Kinder und Enkel hier oder wo sie sich in der Welt gerade aufhalten, umgebracht werden können. Wir brauchen den Umbau der Rüstungsfabriken, um dort zivile, gesellschaftlich nützliche Produkte herzustellen. Wir brauchen einen Umbau der Wirtschaft, eine sozial-ökologische Transformation, um Produkte und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung wie Bildung, Gesundheit, Rente, Pflege sicherzustellen. Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Produktion, unserer Gesellschaft böte genügend interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze für Hochqualifizierte. Geld, das bisher in der Rüstungsindustrie verbrannt wurde, könnte in Produktion investiert werden, mittels der die Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlage gestoppt und entstandene Schäden repariert werden könnten, etwa in den Ausbau erneuerbarer Energie, in energieeffizientere Anlagen und Maschinen. Für unsere Zukunftsvision brauchen wir viele, viele Arbeitskräfte. Wir wollen sie qualifizieren, aus-, um- oder weiterbilden, gut bezahlen und die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich drastisch verkürzen.

Rüstungsproduktion: Kein Motor für Nachhaltigkeit und Wachstum

Mehr Rüstungsproduktion wird nicht zu gesellschaftlichem Wachstum führen, wie oft behauptet wird. Der Multiplikator bei Rüstungsausgaben liegt bei rund 0,5. Also 1 Euro in Rüstung bedeutet 50 Cent Wachstum. Im schlechtesten Fall liege der Effekt sogar bei null. Bei Infrastrukturinvestitionen beträgt der Multiplikator 1,5 bis 2 und bei Bildung liegt er bei 3. Rüstung zieht somit Ressourcen aus produktiven Bereiche ab.

Mehr Geld in Aufrüstung bedeutet, dass langfristig zukunftsrelevante Industrien wie die Energiewende oder die Bildungslandschaft vernachlässigt werden. Was kurzfristig also wie ein Wachstumsschub wirkt, entpuppt sich langfristig als ökonomisch fragwürdig. Die Rüstungsindustrie schafft zwar aktuell Arbeitsplätze, allerdings nicht viele, und erfreut Investoren, ist aber kein Motor für Nachhaltigkeit.

Veranstaltung: Zivile Produkte statt Mordwaffen

Mittwoch, 15. Oktober 2025 um 19 Uhr

**bei DIDF, Bad Cannstatt, Marktstr. 61A (Seitensträßchen)
mit Anne Rieger, ehem. Bevollmächtigte IG Metall Waiblingen**

Wir wollen in der Region Stuttgart nicht zum Rüstungshotspot werden. Wir wollen Transformation, aber richtig herum: Weg von der Produktion für Rüstung und Tod, hin zur Produktion von gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Gütern. Lasst uns gemeinsam diskutieren über unsere Erfahrungen, über Alternativen und wie wir gemeinsam den Widerstand gegen einen Rüstungshotspot in unserer Region aufbauen können.

Veranstalter: Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, Metallertreff, DIDF (Föderation Demokratischer Arbeitervereine) Stuttgart, Friedentreff Stuttgart-Bad Cannstatt

Hände weg von unseren Sozialstandards und unserer Arbeitszeit!

Die Angriffe auf den Sozialstaat sollen noch ungezügelter und umfangreicher werden.

- So wird das Deutschlandticket erneut um 5 Euro verteuert, eine Erhöhung um 8,6 %. Zu Jahresbeginn war der Preis des Tickets bereits von 49 auf 58 Euro gestiegen. Insgesamt also eine Erhöhung um fast 30 %. Es wird von 14 Millionen Menschen genutzt.
- Die Regierung überlässt Wohnungslose und Arme in der Wohnungsfrage ihrem Schicksal, indem sie jeden Schritt zu „bezahlbaren“ Wohnungen für uns ausbremst. Das Immobilienkapital darf sich weiter schamlos bereichern.
- Schwarz-Rot greift das Bürgergeld mit der zweiten Nullrunde in Folge an! Angesichts der Inflation bedeutet das nichts anderes als weiterer Verlust an Kaufkraft und Lebensstandard. Bürgergeldbezieher werden die Leistungen bis unter's Existenzminimum unter Androhung weiterer Schikanen gekürzt.
- Altersarmut wird „bekämpft“, indem Rentner einfach weiterarbeiten sollen. Merz, Klingbeil und Bas „garantieren“ mit 48 % vom letzten Brutto Armutsrenten. Außerdem wird den Rentner*innen mit einem Pflichtdienstjahr gedroht.
- Junge Menschen sollen für die Bundeswehr verpflichtet werden und zukünftig auf Schlachtfeldern für Kapitalinteressen ihr Leben lassen.

Die Vorbereitung von Widerstand gegen die Angriffe auf unsere Sozialstandards ist dringlich. Die Gewerkschaften mit ihren knapp 6 Millionen Mitgliedern müssen eine zentrale Rolle spielen.

Angriff auf die Arbeitszeit!

Auch unsere Arbeitszeit nehmen sie ins Visier! Sie planen die völlige Deregulierung des aktuell schon löcherigen „Kaugummi“-Arbeitszeitgesetzes!

Kolleginnen und Kollegen, unser Jahrzehntelanger Kampf um die 35 Stundenwoche wird heute diffamiert als Reichtumsbremse! Aber: heute wird so viel gearbeitet wie nie! Merz wirft uns vor, in Deutschland werde zu wenig gearbeitet; dies sei der Grund für wirtschaftliche Probleme. Er verlangt deshalb, die Erfassung unserer Arbeitszeiten auf eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden umzustellen und - wirklich - alle Grenzen der täglichen Arbeitszeit zu streichen!

Als einzige gesetzliche Grenze bliebe die Mindestruhezeit von 11 Stunden zwischen Feierabend und nächstem Arbeitsbeginn. Das DGB-nahe Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) rechnet vor, dass (45 Minuten Pause) Arbeitstage von 12 Stunden und 15 Minuten möglich würden. Ein Hammer! Eine Klatsche für alle, die sich für kürzere Arbeitszeiten einsetzen. Auch wir vom Metallertreff stehen für die flächendeckende 30-Stundenwoche.

Die schwarzroten Pläne sprechen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen Hohn, dass so lange Arbeitszeiten der Gesundheit, den Familien und der Gesellschaft schaden.

Auch wenn unsere Tarifverträge (noch!) nicht von so einer „Reform“ betroffen wären, heißt es: keine Illusionen! Denn kaum ist **der gesetzliche Rahmen** weg, wird auch der Druck auf unsere Tarifverträge beginnen, auch hier längere, total „flexibilisierte“ Arbeitszeiten zuzulassen.

Widerstand ist nötig! Wann rufen die Gewerkschaftsvorstände uns auf die Straßen gegen Sozialabbau und Kriegskurs? Kollegin und Kollege! Verarmung, schrankenlose Arbeitszeiten – all das passt dazu, dass „wir“ wieder kriegstüchtig (offizielle Ansage von Schwarzrot!) werden sollen. So sieht Zeitenwende für uns aus. Es stinkt nach Krieg!

